

GASSNER



§ VERWALTUNGSRECHT

Kompendium Verwaltungsrecht

mit Musterentscheidungen
und Arbeitshilfen

2. Auflage

 BOORBERG

Kompendium Verwaltungsrecht

mit Musterentscheidungen und Arbeitshilfen

Prof. Dr. Kathi Gassner

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

2., neu bearbeitete Auflage, 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

2. Auflage, 2019

ISBN 978-3-415-06550-5

E-ISBN 978-3-415-06551-2

E-Book-Umsetzung: Datagroup int. SRL, Timisoara

© 2012 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Titelfoto: © magele-picture – stock.adobe.com | Satz: Olaf Mangold Text&Typo, 70374 Stuttgart | Druck und Bindung: Laupp & Göbel GmbH, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Vorwort

Dieses Buch ist in erster Linie für Studierende der Hochschulen für öffentliche Verwaltung gedacht. Behandelt werden sowohl die zentralen und prüfungsrelevanten Grundlagen des allgemeinen Verwaltungsrechts (einschließlich Widerspruchsverfahren) als auch die Gutachten- und Bescheidtechnik. Ausgangspunkt ist die konkrete Bearbeitungssituation in der Behörde: Anhand von zwei Aktenfällen, die zu Beginn des Lehrbuchs vorgestellt werden, wird der prüfungsrelevante Pflichtfachstoff aus der Handlungsperspektive der Verwaltung vermittelt.

Das Lehrbuch erscheint in der zweiten Auflage. Die Neuauflage wurde für eine umfassende Überarbeitung und Aktualisierung genutzt. Schwerpunkte sind nach wie vor der recht- und zweckmäßige Erlass von Verwaltungsentscheidungen durch die Ausgangsbehörde (Verwaltungsakte einschließlich Vollstreckung, öffentlich-rechtliche Verträge und abstrakt-generelle Regelungen der Verwaltung), deren Aufhebung (insbesondere Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten) und das Widerspruchsverfahren.

Ergänzt wird dieses Lehrbuch durch das Übungsbuch „Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht“, das zahlreiche weitere Übungsfälle enthält und Studierende der Hochschulen für öffentliche Verwaltung zielgerichtet auf Prüfungen im Verwaltungsrecht vorbereitet. Das Übungsbuch erscheint zeitgleich mit der zweiten Auflage dieses Kompendiums ebenfalls im Boorberg Verlag und ist – wie schon das Kompendium Verwaltungsrecht – auf Anregung aus dem Kreis der Studierenden entstanden.

Herrn Prof. Dr. Heinz-Joachim Peters, der mir bei der ersten Auflage des Kompendiums Verwaltungsrecht mit vielen Ratschlägen zur Seite gestanden hat, gilt nach wie vor mein ganz besonderer Dank. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Lektoren, Frau Christine Class und Herrn Matthias Kopp, für das Vertrauen und die sehr gute Zusammenarbeit.

Auf den Dialog mit Ihnen freue ich mich. Für Anregungen, Kritik und Hinweise an Prof. Dr. Kathi Gassner, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundeswehrverwaltung, Seckenheimer Landstraße 10, 68163 Mannheim oder KathiGassner@bundeswehr.org bin ich sehr dankbar.

Mannheim, im März 2019

Kathi Gassner

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	25
Abkürzungsverzeichnis	27
Teil 1: Arbeitsmethode und Ausgangsfälle	
1. Kapitel: Arbeitsmethode	31
2. Kapitel: Ausgangsfall 1 (Abbruch der Gabionenmauer)	33
3. Kapitel: Ausgangsfall 2 (Güterkraftverkehrserlaubnis)	36
Teil 2: Grundlagen	
1. Kapitel: Grundbegriffe	38
A. Der Begriff „Verwaltung“	38
B. Der Begriff „Verwaltungsrecht“	41
I. Übersicht	41
II. Öffentliches Recht und Privatrecht	42
III. Justizrecht	43
IV. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	44
V. Unionsrecht, Staatsrecht und sonstiges Völkerrecht	46
VI. Verwaltungsrecht	46
1. Die drei Säulen des Verwaltungsrechts	46
2. Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht	47
3. Innen- und Außenrecht	48
C. Der Begriff „subjektiv-öffentliches Recht“	49
2. Kapitel: Allgemeines zur Rechtsanwendung	51
A. Rechtsnormen lesen und Struktur erkennen können	51
B. Rangverhältnis von Rechtsnormen beachten	54
I. Spezialnormen vor allgemeinen Normen	54
II. Sonstige Rangregeln	55
C. Auslegung und Korrektur von Rechtsnormen	56

D.	Analoge Anwendung von Rechtsnormen	61
E.	Umgang mit rechtswidrigen Gesetzen und sonstigen Rechtsnormen (Normenverwerfungskompetenz)	61
I.	Verstöße gegen deutsches Recht	62
II.	Verstöße deutscher Rechtsnormen gegen Unionsrecht	63
3.	Kapitel: Die Stellung der Verwaltung	64
A.	Verwaltung und Volk/Bürgerschaft/Öffentlichkeit	64
B.	Verwaltung und Parlament (Bundes- bzw. Landtag)	64
I.	Vorrang des Gesetzes	64
II.	Parlamentsvorbehalt	65
III.	(Parlaments-)Gesetzesvorbehalt	65
IV.	Handlungsspielräume der Verwaltung	69
C.	Verwaltung und Rechtsprechung	71
I.	Erstentscheidungskompetenz der Verwaltung und Richter- vorbehalt	71
II.	Letztentscheidungsrecht der Gerichte	72
III.	Keine umfassende Verwaltungskontrolle, nur Rechtsschutz ..	73
D.	Verwaltung und der Einzelne	74
I.	Über-/Unterordnungsverhältnis im Verwaltungsrecht	74
II.	Subjektiv-öffentliche Rechte des Einzelnen	75
4.	Kapitel: Die Organisation der Verwaltung	75
I.	Wichtige Begriffe	75
1.	Verwaltungsträger, juristische Person des öffentlichen Rechts, Beliehene	75
2.	Verwaltungsorgane, Organleihe, Organwalter und Behörde	77
3.	Unmittelbare und mittelbare Bundes- bzw. Landes- verwaltung	79
4.	Aufgabe, Befugnis, Zuständigkeit	80
II.	Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen EU und Mitgliedstaaten	81
III.	Aufbau der Verwaltung im Bund und in den Ländern	82
1.	Allgemeines	82
2.	Aufbau der Bundesverwaltung	82
3.	Aufbau der Landesverwaltungen	84
5.	Kapitel: Handlungsformen der Verwaltung	86
A.	Allgemeines zu den Handlungsformen	86

I.	Einführung in die Lehre von den Handlungsformen der Verwaltung	86
II.	Übersicht über die verwaltungsrechtlichen Handlungs- formen	87
B.	Der Verwaltungsakt	88
I.	Begriff des Verwaltungsakts	88
II.	Einteilung der Verwaltungsakte	92
1.	Einteilung nach der Wirkung für den Adressaten und für Dritte	92
2.	Einteilung nach der zeitlichen Dauer der Regelung	93
3.	Einteilung nach der Art der Regelung	93
4.	Einteilung nach Individual- und Allgemeinverfügung ...	93
III.	Das behördliche Versprechen des (Nicht-)Erlasses von Verwaltungsakten	95
IV.	Existenz, Wirksamkeit und Bestandskraft von Verwaltungs- akten	95
C.	Der öffentlich-rechtliche Vertrag der Verwaltung	97
D.	Abstrakt-generelle Regelungen der Verwaltung	98
E.	Funktionen der Handlungsformen	99
6. Kapitel: Verfahrensrecht	100
A.	Verwaltungsakte und öffentlich-rechtliche Verträge	100
I.	Landesbehörden	100
1.	Baden-Württemberg	100
2.	Sonstige Bundesländer	100
II.	Bundesbehörden	101
III.	Das Verwaltungsverfahrenrecht beim Vollzug von Unionsrecht	101
B.	Sonstige Handlungsformen	102
7. Kapitel: Grundsätze für Verwaltungshandeln	102
A.	Einführung	102
B.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	103
I.	Vorrang des Gesetzes (Wiederholung und Vertiefung)	103
II.	Vorbehalt des Gesetzes (Wiederholung und Vertiefung) ...	104
C.	Die Grundrechtsbindung der Verwaltung	105
D.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	107
I.	Praktische Bedeutung und Lernmethode	107
II.	Allgemeine Grundlagen	107

1. Geschichte	107
2. Verfassungs- und Unionsrecht	108
3. Definitionen	108
III. Vertiefung (Fortgeschrittene)	110
1. Geltungsbereich des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ...	110
2. Allgemein zur Verhältnismäßigkeitsprüfung von formellen Gesetzen	111
3. Beispiel zur Verhältnismäßigkeitsprüfung von formellen Gesetzen	113
4. Verhältnismäßigkeitsprüfung von Maßnahmen der Verwaltung	114
 Teil 3: Die Verwaltung als Erstanwenderin	
1. Kapitel: Der Erlass belastender Verwaltungsakte	116
A. Aufgaben und Lernziele/-inhalte	116
B. Prüfungsschema für den Erlass eines belastenden Verwaltungs- akts	118
C. Rechtmäßiger Erlass eines belastenden Verwaltungsakts	119
I. Einführung: Rechtmäßigkeit belastender Verwaltungsakte ..	119
II. Rechtsgrundlage, Verwaltungsakt-Befugnis und Zuständigkeit	120
1. Rechtsgrundlage	120
2. Befugnis zum Handeln durch Verwaltungsakt	123
3. Zuständigkeit	123
4. Zusammenfassung: Ihr Wissensstand	130
III. Materielle Voraussetzungen	131
1. Einführung	131
2. Rechtmäßige und ausreichende Rechtsgrundlage	132
3. Das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale	132
4. Rechtsfolgende	137
IV. Formelle Voraussetzungen	153
1. Einführung und anzuwendende Verfahrensvorschriften (§§ 1, 2, 9 (L)VwVfG)	153
2. Verfahren bis zum Erlass des belastenden Verwaltungs- akts	155
3. Form	165
4. Bekanntgabe	170
D. Lösungsvorschlag (Mustergutachten)	173

E.	Ablauf des Entscheidungsprozesses	179
F.	Die Gebührenfestsetzung	180
G.	Der Bescheid	181
I.	Die Bestandteile des Bescheids	181
1.	Überblick	181
2.	Der Briefkopf und die Einleitung	181
3.	Der Tenor/die Tenorierung	181
4.	Die Begründung	182
5.	Die Rechtsbehelfsbelehrung	183
6.	Ggf. weitere Rechtshinweise	183
7.	Grußformel und Unterschrift	183
II.	Der Sprachstil im Bescheid	184
III.	Musterbescheid	185
H.	Vertiefungshinweise zum Erlass belastender Verwaltungsakte ..	189
I.	Vertiefung „Rechtsgrundlagen“	189
1.	Überblick über sonstige Rechtsgrundlagen	189
2.	Befehlende Verwaltungsakte	190
3.	Belastende rechtsgestaltende Verwaltungsakte	192
4.	Belastende feststellende Verwaltungsakte	193
II.	Vertiefung „Zuständigkeit“	193
III.	Vertiefung „Materielle Voraussetzungen“	193
1.	Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen	193
2.	Rechtsfolgenrechte/Regelungsadressat	194
IV.	Vertiefung „Sonstige formelle Voraussetzungen“	197
2.	Kapitel: Die sofortige Vollziehbarkeit des Verwaltungsakts	197
A.	Ausgangsfall, Lernziele/-inhalte und Kurzeinführung	197
I.	Ausgangsfall, Lernziele/-inhalte	197
II.	Vorläufiger Rechtsschutz durch Eintritt der aufschiebenden Wirkung	199
III.	Automatischer Wegfall der aufschiebenden Wirkung von Gesetzes wegen	201
IV.	Wegfall der aufschiebenden Wirkung durch behördliche Anordnung	202
B.	Prüfungsschema für die Anordnung der sofortigen Vollziehung .	203
C.	Rechtmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung	204
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	204
1.	Rechtsgrundlage	204
2.	Zuständigkeit	204

II.	Materielle Voraussetzungen	204
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	204
2.	Rechtsfolge	206
III.	Formelle Voraussetzungen	207
1.	Verfahren	207
2.	Form	208
3.	Bekanntgabe	208
D.	Lösungsvorschlag (gutachtliche Prüfung)	208
E.	Entwurf einer Anordnung der sofortigen Vollziehung	210
I.	Vorbemerkung	210
II.	Musteranordnung	211
F.	Übungen und Vertiefungshinweise	214
I.	Übungen	214
II.	Vertiefungshinweise	215
1.	Weitere Bedingungen für den Eintritt des Suspensiv- effekts	215
2.	Detailprobleme zu § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3 und S. 2 VwGO	216
3.	Die Anordnung der sofortigen Vollziehung auf Antrag eines Bürgers	216
4.	Die Aussetzung der Vollziehung, §§ 80 Abs. 4, 80a Abs. 1 Nr. 2 VwGO	216
5.	Europarechtskonforme Auslegung von § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO	216
3.	Kapitel: Die Vollstreckung befehlender Verwaltungsakte	217
A.	Ausgangsfall, Lernziele/-inhalte und Grundlagen	217
I.	Ausgangsfall	217
II.	Lernziele/-inhalte und Überblick über dieses Kapitel	217
III.	Grundlagen	218
B.	Prüfungsschemata	220
I.	Vollstreckung sonstiger befehlender Verwaltungsakte	220
1.	Die Androhung eines bestimmten Zwangsmittels	220
2.	Die Festsetzung von Zwangsmitteln (in BW: nur bei Zwangsgeld erforderlich)	222
3.	Die Durchführung der Ersatzvornahme bzw. des unmittelbaren Zwangs	223
4.	Die Beantragung von Zwangshaft	224
5.	Kostenbescheid für die Ersatzvornahme bzw. den unmittelbaren Zwang	225

II.	Vollstreckung von Verwaltungsakten, die zur Geldleistung verpflichten	226
C.	Die rechtmäßige Androhung von Zwangsmitteln	228
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	228
II.	Materielle Voraussetzungen	229
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	229
2.	Rechtsfolge	232
III.	Formelle Voraussetzungen	238
1.	Verfahren	238
2.	Form	238
3.	Bekanntgabe	239
IV.	Gebühr	239
D.	Lösungsvorschlag	239
E.	Musterbescheid für die separate Androhung von Zwangsmitteln	243
I.	Bescheidtechnische Regeln	243
II.	Musterbescheid	244
F.	Rechtmäßiger Erlass eines Kostenbescheids	246
I.	Fortsetzung des Ausgangsfalls	246
II.	Lösungsvorschlag	247
G.	Pfändungs- und Einziehungsverfügung	250
I.	Fortsetzung des Ausgangsfalls	250
II.	Auszug aus einer Pfändungs- und Einziehungsverfügung an den Drittschuldner	251
III.	Auszug aus einer Mitteilung an den Schuldner	252
	4. Kapitel: Belastender Verwaltungsakt, Anordnung der sofortigen Vollziehung und Zwangsmittelandrohung in einem Bescheid	252
	5. Kapitel: Die unmittelbare Ausführung bzw. der Sofortvollzug ...	253
A.	Abwandlung von Ausgangsfall 1 und Lernziele/-inhalte	253
B.	Prüfungsschemata	256
I.	Unmittelbare Ausführung nach § 8 Abs. 1 S. 1 PolG BW ...	256
II.	Kostenbescheid für die unmittelbare Ausführung	256
C.	Rechtmäßige unmittelbare Ausführung	257
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	257
1.	Rechtsgrundlage für die unmittelbare Ausführung	257
2.	Zuständigkeit	258

II.	Materielle Voraussetzungen	258
1.	Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen der Rechts- grundlage	258
2.	Kein Verstoß gegen sonstiges Recht	259
III.	Formelle Voraussetzungen	259
D.	Lösungsvorschlag zu Aufgabe 1	259
E.	Die Notzuständigkeit (Aufgabe 2)	261
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	261
II.	Materielle Voraussetzungen	262
III.	Formelle Voraussetzungen	263
F.	Rechtmäßiger Kostenbescheid (§ 8 Abs. 2 S. 1 PolG BW)	263
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	263
II.	Materielle Voraussetzungen	263
1.	Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen von § 8 Abs. 2 S. 1 PolG BW	263
2.	Rechtsfolgende Seite	264
III.	Formelle Voraussetzungen	265
IV.	Sonstiges	265
G.	Musterkostenbescheid (Auszug)	265
H.	Andere Bundesländer und Bund	268
I.	Vertiefungshinweise	269
6.	Kapitel: Der Erlass begünstigender Verwaltungsakte	269
A.	Ausgangsfall, Lernziele und -inhalte	269
B.	Prüfungsschemata	270
I.	Prüfungsschema für den Erlass begünstigender Verwaltungsakte	270
II.	Begünstigende Verwaltungsakte, auf die ein Anspruch besteht	272
1.	Entscheidung über das „Ob“ des begünstigenden Verwaltungsakts	272
2.	Erlass weiterer Nebenbestimmungen	272
III.	Begünstigende Verwaltungsakte, auf die kein Anspruch besteht	273
C.	Rechtmäßiger Erlass begünstigender Verwaltungsakte	274
I.	Rechtsgrundlage	274
1.	Allgemeines	274
2.	Die Suche nach der passenden Rechtsgrundlage in Fall 2	275

II.	Formelle Voraussetzungen	277
1.	Zuständigkeit	277
2.	Verfahren	278
3.	Form	286
4.	Bekanntgabe	288
III.	Materielle Voraussetzungen	288
1.	Allgemeines	288
2.	Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen der Rechts- grundlage	288
3.	Rechtsfolge	292
IV.	Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	294
V.	Gebührenentscheidung	295
VI.	Weiteres Verfahren nach Erteilung der Erlaubnis	295
VII.	Lösungsvorschlag (gutachtliche Prüfung)	296
D.	Der Bescheid	299
I.	Bescheidtechnische Regeln	299
II.	Musterbescheid	300
E.	Die Ablehnung eines begünstigenden Verwaltungsakts	301
I.	Ablehnung eines Antrags, weil es keiner Erlaubnis bedarf	301
II.	Ablehnung eines Antrags wegen eines Versagungsgrunds	301
1.	Abwandlung des Ausgangsfalls	301
2.	Allgemeines	301
3.	Lösungsvorschlag	302
III.	Ablehnungsbescheid	304
F.	Vertiefungshinweise	305
I.	Überblick über weitere Rechtsgrundlagen	305
1.	Begünstigende rechtsgestaltende Verwaltungsakte	305
2.	Begünstigende feststellende Verwaltungsakte	307
II.	Themen für den Fortgeschrittenen	308
1.	Repressive Verbote mit Befreiungsvorbehalt	308
2.	Spezialgesetz und Konzentrationswirkung	308
3.	Erlas eines dinglichen Verwaltungsakts	308
4.	Besonderheiten im Verfahren	308
5.	Die Bedeutung des Europarechts	309
6.	Die Anerkennung deutscher/ausländischer Zulassungen	310
7.	Kapitel: Erlass von Verwaltungsakten mit Nebenbestimmungen	310
A.	Abwandlung von Ausgangsfall 2, Lernziele/-inhalte	310
B.	Prüfungsschemata	312
I.	Rechtmäßiger Erlass einer Nebenbestimmung	312

II.	Einbau der Rechtmäßigkeitsprüfung ins Hauptprüfungs- schema	313
C.	Grundlagen	314
I.	Begriff und Arten von Nebenbestimmungen, Abgrenzungen	314
1.	Begriff der Nebenbestimmung	314
2.	Wichtige Abgrenzungen	314
3.	Arten von Nebenbestimmungen	316
II.	So geht die Ausgangsbehörde am besten vor	318
III.	Auslegung und Auslegungsprobleme	319
D.	Der recht- und zweckmäßige Erlass von Nebenbestimmungen ..	320
I.	Rechtsgrundlage für den Erlass von Nebenbestimmungen ..	320
II.	Formelle Voraussetzungen	321
III.	Materielle Voraussetzungen für den Erlass von Neben- bestimmungen zu Verwaltungsakten, auf die ein Anspruch besteht (§ 36 Abs. 1 Var. 2 (L)VwVfG)	322
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	322
2.	Rechtsfolgende	326
IV.	Materielle Voraussetzungen für den Erlass begünstigender Ermessensverwaltungsakte mit Nebenbestimmungen (§ 36 Abs. 2 (L)VwVfG)	327
V.	Materielle Voraussetzungen für den Erlass von Neben- bestimmungen zu belastenden Verwaltungsakten (§ 36 Abs. 2 (L)VwVfG)	328
VI.	Nebenregelungen zu Nebenbestimmungen	330
1.	Anordnung der sofortigen Vollziehung der Neben- bestimmung	330
2.	Androhung eines bestimmten Zwangsmittels bei nicht fristgerechter Erfüllung einer Auflage	330
E.	Lösung zum Ausgangsfall (Gutachten)	331
F.	Nebenbestimmungen im Bescheid	335
I.	Bescheidtechnische Regeln	335
II.	Mustertenorierungen und Rechtsbehelfsbelehrung	335
8. Kapitel: Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge		337
A.	Ausgangsfall, Lernziel/-inhalte	337
B.	Prüfungsschema: Rechtmäßiger Abschluss öffentlich- rechtlicher Verträge	341
C.	Rechtliche Voraussetzungen für den Abschluss öffentlich- rechtlicher Verträge	343

I.	Rechtsgrundlage	343
1.	Allgemeine Zulässigkeit des Handelns durch öffentlich-rechtlichen Vertrag	343
2.	Richtige Rechtsgrundlage je nach Vertragsart	344
3.	Spezielle Ermächtigung	344
II.	Formelle Voraussetzungen	345
1.	Zuständigkeit	345
2.	Verfahren	346
3.	Form des Vertragsschlusses	347
4.	Ggf. Zustimmung Dritter und anderer Behörden zum Vertrag	348
5.	Bekanntgabe des Vertrags	349
III.	Materielle Voraussetzungen bei Austauschverträgen	350
1.	Tatbestandsvoraussetzungen nach § 56 (L)VwVfG	350
2.	Ordnungsgemäße Ermessensausübung	353
IV.	Materielle Voraussetzungen bei Vergleichsverträgen	354
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	354
2.	Ordnungsgemäße Ermessensausübung	354
V.	Materielle Voraussetzungen bei koordinationsrechtlichen Verträgen	354
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	354
2.	Ordnungsgemäße Ermessensausübung	355
D.	Lösung von Ausgangsfall 1	355
E.	Lösung von Ausgangsfall 2	358
F.	Muster von öffentlich-rechtlichen Verträgen	360
I.	Hinweise zur Vertragsgestaltung	360
II.	Muster für den Abschluss eines Austauschvertrags (Fall 1) .	361
G.	Vertiefungshinweise	363
	9. Kapitel: Überblick über sonstiges Verwaltungshandeln	365
A.	Schlichtes Verwaltungshandeln	365
B.	Beschlüsse von Kollegialorganen	365
	10. Kapitel: Erlass von abstrakt-generellen Regelungen durch die Verwaltung	367
A.	Ausgangsfälle, Lernziele/-inhalte	367
B.	Prüfungsschemata	369
I.	Rechtmäßiger Erlass einer Rechtsverordnung	369
II.	Rechtmäßiger Erlass einer Satzung	370

III. Rechtmäßiger Erlass einer Verwaltungsvorschrift	371
C. Rechtmäßiger Erlass einer Rechtsverordnung	372
I. Rechtsgrundlage	372
II. Formelle Voraussetzungen	373
1. Zuständigkeit	373
2. Verfahren	374
3. Form	375
4. Bekanntgabe (Verkündung)	376
5. Anzeige der Rechtsverordnung an Aufsichtsbehörden . . .	377
III. Materielle Voraussetzungen	377
1. Tatbestandsvoraussetzungen der Rechtsgrundlage	377
2. Rechtsfolgenseite	377
D. Erlass von Satzungen	380
I. Rechtsgrundlage und Satzungsbefugnis	380
II. Formelle Voraussetzungen	382
1. Zuständigkeit	382
2. Verfahren	382
3. Form	384
4. Bekanntgabe	385
5. Ggf. Anzeige von Satzungen bei der Rechtsaufsichtsbe- hörde	385
III. Materielle Voraussetzungen	385
1. Tatbestandsvoraussetzungen	385
2. Setzen einer rechtmäßigen Rechtsfolge	386
E. Erlass von Verwaltungsvorschriften	387
I. Arten von Verwaltungsvorschriften	387
1. Unterscheidung nach dem Inhalt	387
2. Unterscheidung nach der Stellung zum formellen Gesetz . . .	387
II. Rechtmäßiger Erlass von Verwaltungsvorschriften	388
1. Rechtsgrundlage bzw. Befugnis zum Handeln durch Verwaltungsvorschrift	388
2. Formelle Voraussetzungen	389
3. Materielle Voraussetzungen	390
III. Rechtliche Außenwirkung von Verwaltungsvorschriften . . .	391
F. Aufbau von abstrakt-generellen Regelungen	393
I. Regeln zur Aufbautechnik von abstrakt-generellen Regelun- gen	393
II. Muster	394
G. Lösung des Ausgangsfalls	395

Teil 4: Fehlerfolgenlehre

1. Kapitel: Einführung	398
2. Kapitel: Fehler bei Erlass von Verwaltungsakten	398
A. Ausgangsfall; Lerninhalte und Lernziele	398
B. Prüfungsschemata	400
I. Allgemeines Prüfungsschema	400
II. Übersicht über Fehlerfolgen nach dem (L)VwVfG	401
C. Fehlerfolgen	403
I. Fehlende oder fehlerhafte Bekanntgabe	403
1. Fehlender Bekanntgabewille oder fehlender Zugang	404
2. Bekanntgabe an Beteiligungs- oder Handlungsunfähige	404
3. Falsche Bekanntgabeart	405
4. Fehler im Zustellungsvorgang	406
5. Fehlende oder fehlerhafte Zustellung an den Bevollmächtigten	407
II. Behörde wollte etwas anderes als erklärt	407
III. Verstöße gegen die (sonstigen) formellen oder materiellen Voraussetzungen	408
1. Nichtigkeit oder bloße Rechtswidrigkeit von Verwaltungsakten	408
2. Heilbarkeit bloß rechtswidriger (nicht nichtiger) Verwaltungsakte	410
3. Anfechtbarkeit rechtswidriger Verwaltungsakte	411
IV. Fehlende, unvollständige oder inhaltlich falsche Rechtsbehelfsbelehrung	412
V. Verstöße gegen Verwaltungsvorschriften und sonstiges verwaltungsinternes Recht	412
D. Umdeutung	413
E. Lösungsvorschlag	414
3. Kapitel: Fehler bei Anordnung der sofortigen Vollziehung	417
4. Kapitel: Fehler bei Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge	418
A. Ausgangsfall, Lernziele und Lerninhalte	418
B. Übersicht über etwaige Fehlerfolgen	419
C. Fehlerfolgen	420
I. Grundsätze	420
II. Vertragsschluss trotz Vertragsformverbots	422

III. Vertragsschluss ohne erforderliche Ermächtigungsgrundlage	423
IV. Vertragsschluss durch eine unzuständige Behörde	423
V. Formverstöße	424
VI. Sonstige Verstöße gegen den Vorrang des Gesetzes	424
D. Lösungsvorschlag	425
5. Kapitel: Fehler bei Erlass abstrakt-genereller Verwaltungsregelungen	426
I. Grundsätze	426
II. Folgen von Rechtsverstößen im Einzelnen	427
1. Erlass ohne erforderliche Rechtsgrundlage/Wegfall der Rechtsgrundlage	427
2. Verstoß gegen formelle Voraussetzungen	427
3. Verstoß gegen materielle Voraussetzungen	429
III. Auswirkungen auf den Verwaltungsakt	429
IV. Verwerfungskompetenz der Verwaltung	430
6. Kapitel: Fehler bei tatsächlichem Handeln	430
Teil 5: Aufhebung von Verwaltungsregelungen außerhalb von Rechtsbehelfsverfahren (insbes. Verwaltungsakte)	
1. Kapitel: Überblick über die Unterschiede bei der Aufhebung je nach Handlungsform	432
2. Kapitel: Die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte	433
A. Ausgangsfall und Lernziele/-inhalte	433
B. Prüfungsschema für die Rücknahme nach § 48 (L)VwVfG	434
C. Rechtmäßige Rücknahme	436
I. Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	436
1. Rechtsgrundlage	436
2. Zuständigkeit	437
II. Materielle Voraussetzungen	437
1. Tatbestandsvoraussetzungen	437
2. Rechtmäßige Ermessensausübung	439
III. Formelle Voraussetzungen	440
D. Lösungsvorschlag	441
E. Vertiefungshinweise	444
I. Durchsetzung von Rücknahmeentscheidungen	444
1. Rückerstattungsbescheid nach § 49a Abs. 1 (L)VwVfG	444
2. Verbot der weiteren Tätigkeit ohne Erlaubnis	445

II. Rücknahme im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens	446
3. Kapitel: Der Widerruf von Verwaltungsakten	446
A. Ausgangsfall und Lerninhalte/-ziele	446
B. Prüfungsschema für den Widerruf nach § 49 (L)VwVfG	447
C. Widerruf nicht begünstigender Verwaltungsakte ex nunc	449
D. Widerruf von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten ex tunc	449
E. Widerruf begünstigender Verwaltungsakte ex nunc	451
I. Allgemeines	451
II. Widerruf aufgrund eines Widerrufsvorbehalts	451
III. Widerruf wegen Nichterfüllung einer Auflage	452
IV. Widerruf wegen Änderung der Tatsachenlage	453
V. Widerruf wegen Änderung der Rechtslage	454
VI. Widerruf, um schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu verhindern	454
F. Sonstiges	455
I. Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO	455
II. Gebühr	455
III. Durchsetzung des Widerrufs	455
IV. Ersatz des Vertrauensschadens	456
V. Exkurs: Der Erlass nachträglicher Anordnungen als mildere Maßnahme	456
G. Lösungsvorschlag	457
H. Widerrufsbescheid	458
I. Bescheidtechnische Regeln	458
II. Mustertenorierung für den Widerrufsbescheid	458
4. Kapitel: Wiederaufgreifen des Verfahrens	459

Teil 6: Verwaltungskontrolle

1. Kapitel: Einführung	462
2. Kapitel: Aufsicht (interne Verwaltungskontrolle)	463
A. Begriffe	463
B. Kompetenzen der Aufsichtsbehörde	463
C. Rechte der beaufsichtigten Behörde	465
D. Kein subjektiv-öffentliches Recht auf Aufsicht	466

3. Kapitel: Widerspruchsverfahren	466
A. Ausgangsfall und Lernziele/-inhalte	466
B. Prüfungsschemata	469
I. Erfolgsaussichten des Widerspruchs	469
II. Rechtmäßigkeit eines Widerspruchsbescheids	471
C. Vorprüfungen und Zulässigkeit von Widersprüchen	472
I. Vorprüfungen	472
1. Auslegung des Rechtsbehelfs	472
2. Zuständige Behörden im Widerspruchsverfahren	473
3. Bestimmung von Gegenstand und Maßstab	474
II. Zulässigkeit des Widerspruchs	475
1. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs im späteren Gerichtsverfahren	475
2. Statthaftigkeit des Widerspruchs	476
3. Widerspruchsbefugnis nach § 68 Abs. 1 S. 1 VwGO i. V. m. § 42 Abs. 2 VwGO analog	480
4. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit, ggf. ordnungs- gemäße Vertretung	482
5. Richtige Stelle und richtige Form (§ 70 Abs. 1 VwGO) ...	482
6. Widerspruchsfrist (§ 70 Abs. 1 u. 2 VwGO)	483
7. Widerspruchsinteresse/Rechtsschutzbedürfnis	486
8. Entscheidung in der Sache bei Unzulässigkeit des Widerspruchs	486
D. Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	487
I. Prüfungsprogramm	487
II. Rechtswidrigkeit des Ausgangsbescheids	487
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	487
2. Rechtsgrundlage	488
3. Formelle Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit	489
4. Materielle Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit	491
5. Zwischenergebnis	493
III. Rechtsverletzung des Widerspruchsführers	493
1. Rechtsverletzung des Adressaten eines belastenden Verwaltungsakts	494
2. Rechtsverletzung eines Dritten	494
IV. Kein ausnahmsweiser Ausschluss des Aufhebungs- anspruchs	495
1. Unbeachtlichkeit von Verstößen nach § 46 (L)VwVfG ...	495
2. Unbeachtlichkeit von Verstößen nach dem Fachrecht ...	496

3. Umdeutung eines rechtswidrigen in einen rechtmäßigen Verwaltungsakt	496
V. Zweckmäßigkeit von Ermessensentscheidungen	496
VI. Vertiefung: Änderung der Sach- oder Rechtslage	498
E. Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	499
F. Anfechtungswiderspruch gegen Nebenbestimmungen	501
I. Zulässigkeit des isolierten Anfechtungswiderspruchs	501
1. Statthaftigkeit	501
2. Widerspruchsbefugnis bzw. Widerspruchsinteresse	501
II. Begründetheit des isolierten Anfechtungswiderspruchs	501
G. Verböserung des Verwaltungsakts durch Widerspruchsbescheid (reformatio in peius)	502
H. Lösungsvorschlag (gutachtliche Prüfung der Erfolgsaussichten eines Widerspruchs)	503
I. Lösung von Aufgabe 1	503
II. Lösung von Aufgabe 2	507
III. Lösung von Aufgabe 3	508
J. Der formell rechtmäßige Erlass des Widerspruchsbescheids	511
K. Der Widerspruchsbescheid	512
I. Übersicht über mögliche Entscheidungen im Widerspruchs- bescheid	512
1. Ggf. Entscheidung über die Wiedereinsetzung (§ 60 VwGO)	512
2. Hauptentscheidung	512
3. Kostenentscheidung	513
4. Gebührenentscheidung	514
5. Ggf. sonstige Anordnungen	514
II. Bescheidtechnische Regeln	515
III. Tenorierung beim Anfechtungswiderspruchsbescheid	516
IV. Tenorierung beim Verpflichtungswiderspruchsbescheid	517
IV. Muster: Auszug aus dem Widerspruchsbescheid zu Aufgabe 4	519
4. Kapitel: Die Verwaltung vor Gericht	521
A. Ausgangsfall und Lernziele	521
B. Prüfungsschemata	522
I. Überblick über Klage- und Antragsarten	522
II. Zulässigkeit von Klagen und Normenkontrollanträgen	525
III. Begründetheit von Klagen und Normenkontrollanträgen	527

IV. Zulässigkeit von Anträgen auf vorläufigen Rechtsschutz . . .	527
V. Begründetheit von Anträgen auf vorläufigen Rechtsschutz . .	529
C. Die Übersendung der Behördenakte(n) an das Gericht	529
D. Die Antrags- bzw. Klageerwiderung der Verwaltung	530
I. Die Erwiderung auf einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO . .	530
1. Was in der Behörde passiert	530
2. Was vor Gericht passiert	531
II. Die Erwiderung auf einen Antrag nach § 80a Abs. 3 VwGO .	533
1. Drittwiderspruch gegen einen begünstigenden Verwaltungsakt	533
2. Anfechtungswiderspruch gegen einen drittschützenden Verwaltungsakt	533
III. Klageerwiderung auf eine Anfechtungsklage	533
1. Was in der Behörde passiert	533
2. Was vor Gericht passiert	535
IV. Klageerwiderung auf eine Verpflichtungsklage	536
1. Was in der Behörde passiert	536
2. Was vor Gericht passiert	537
V. Klageerwiderung auf eine isolierte Anfechtungsklage gegen Nebenbestimmungen	537
VI. Normenkontrollanträge	538
E. Verwaltung als Klägerin bzw. Antragstellerin	538
F. Vertretung der Verwaltung vor Gericht	538
G. Vorlagen an den EuGH bzw. an das BVerfG	540
H. Rechtsmittel gegen Gerichtsentscheidungen	540
I. Rechtskraft und Bindung an Gerichtsentscheidungen	541
Stichwortverzeichnis	543

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

- BeckOK GG/Bearbeiter*, Volker Epping/Christian Hillgruber (Hrsg.), BeckOK Grundgesetz, 40. Edition, Stand 15.02.2019
- BeckOK BauordnungsR BW/Bearbeiter*, Willy Spannowsky/Michael Uechtritz, BeckOK Bauordnungsrecht Baden-Württemberg, 8. Edition, Stand 15.01.2019
- BeckOK Polizeirecht BW/Bearbeiter*, Markus Möstl/Christoph Trurnit, BeckOK Polizeirecht Baden-Württemberg, 13. Edition, Stand 15.12.2018
- BeckOK VwGO/Bearbeiter*, Herbert Posser/Heinrich Amadeus Wolff, BeckOK Verwaltungsgerichtsordnung, 48. Edition, Stand 01.01.2019
- BeckOK VwVfG/Bearbeiter*, Johann Bader/Michael Ronellenfitsch, BeckOK VwVfG mit VwVG, VwZG, 42. Edition, Stand 01.01.2019
- Blum/Gassner/Seith/Bearbeiter*, Heribert Blum/Kathi Gassner/Sebastian Seith (Hrsg.), Ordnungswidrigkeitengesetz, Handkommentar, 1. Auflage 2016
- Calliess/Ruffert, EUV/AEUV*, Christian Calliess/Matthias Ruffert (Hrsg.), EUV/AEUV, Kommentar, 5. Auflage 2016
- Detterbeck, VerwR*, Steffen Detterbeck, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, 16. Auflage 2018
- Engelhardt/App/Schlatmann/Bearbeiter, VwVG VwZG*, Arne Schlatmann (Hrsg.), Verwaltungsvollstreckungsgesetz Verwaltungszustellungsgesetz, Kommentar, 11. Auflage 2017
- Erbguth/Guckelberger, VerwR*, Wilfried Erbguth/Annette Guckelberger, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht und Staatshaftungsrecht, 9. Auflage 2018
- Gassner, Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht*, Kathi Gassner, Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht, 1. Auflage 2019
- Grziwotz, Vertragsgestaltung im öffentlichen Recht*, Herbert Grziwotz, Vertragsgestaltung im öffentlichen Recht, 2002
- GVR I/Bearbeiter*, Wolfgang Hoffmann-Riem/Eberhard Schmidt-Aßmann/Andreas Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I, 2. Auflage 2012
- GVR III/Bearbeiter*, Wolfgang Hoffmann-Riem/Eberhard Schmidt-Aßmann/Andreas Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band III, 2. Auflage 2013
- Haratsch/Koenig/Pechstein, Europarecht*, Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein, Europarecht, 11. Auflage 2018
- Jarass/Pieroth/Bearbeiter, GG*, Hans D. Jarass/Bodo Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 15. Auflage 2018

- Kopp/Ramsauer/Bearbeiter, VwVfG*, Ulrich Ramsauer (Hrsg.), *Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar*, 19. Auflage 2018
- Kopp/Schenke/Bearbeiter, VwGO*, Wolf-Rüdiger Schenke (Hrsg.), *Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar*, 24. Auflage 2018
- Landmann/Rohmer, Umweltrecht*, Martin Beckmann/Wolfgang Durner/Thomas Mann/Marc Röckinghausen (Hrsg.), *Umweltrecht, Band I bis IV*, 88. Ergänzungslieferung, Stand 01.09.2018
- Maunz/Dürig/Bearbeiter, GG*, Rupert Scholz/Matthias Herdegen/Hans H. Klein (Hrsg.), *Grundgesetz, Kommentar, Band I*, 82. Ergänzungslieferung Januar 2018
- Maurer/Waldhoff, VerwR*, Hartmut Maurer/Christian Waldhoff, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, 19. Auflage 2017
- Sauter, LBO BW*, Klaus Imig/Adolf Kiess/Volker Hornung/Matthias Pflughaupt/Andrea Keßler (Hrsg.), *Landesbauordnung für Baden-Württemberg, Kommentar*, 3. Auflage, 52. Lieferung, Stand Juni 2018
- Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht*, Wolf-Rüdiger Schenke, *Polizei- und Ordnungsrecht*, 10. Auflage 2018
- Schenke, Verwaltungsprozessrecht*, Wolf-Rüdiger Schenke, *Verwaltungsprozessrecht*, 16. Auflage 2019
- Schoch/Schneider/Bier/Bearbeiter, VwGO*, Friedrich Schoch/Jens-Peter Schneider/Wolfgang Bier (Hrsg.), *Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar*, 35. Ergänzungslieferung, Stand September 2018
- Stelkens/Bonk/Sachs/Bearbeiter, VwVfG*, Michael Sachs/Heribert Schmitz (Hrsg.), *Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar*, 9. Auflage 2018

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AEO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
a. F.	alte Fassung
AGVwGO	Ausführungsgesetz des Landes Baden-Württemberg zur VwGO
AO	Abgabenordnung
apf	Ausbildung, Prüfung, Fachpraxis (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAIUDBw	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
BAPersBw	Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
BauGB	Baugesetzbuch
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundshaushaltsordnung
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BuW	Betrieb und Wirtschaft (Zeitschrift)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BwDLZ	Bundeswehrdienstleistungszentrum
BWGZ	Die Gemeinde (Zeitschrift)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EU	Europäische Union
EU-Dienstleistungsrichtlinie	Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
FeV	Fahrerlaubnisverordnung

Fn.	Fußnote
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GastG	Gaststättengesetz
GBL	Gesetzblatt
GBZugV	Berufszugangsverordnung für den Güterkraftverkehr
GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKZ BW	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit Baden-Württemberg
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GüKKostV	Kostenverordnung für den Güterkraftverkehr
GüKVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Güterkraftverkehrsrecht
GüKZuVO BW	Güterkraftverkehrs-Zuständigkeitsverordnung Baden-Württemberg
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HebBO BW	Hebammenberufsordnung Baden-Württemberg
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammer
InsO	Insolvenzordnung
i. V. m.	in Verbindung mit
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LBesG BW	Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg
LBO BW	Landesbauordnung Baden-Württemberg
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKrO BW	Landkreisordnung für Baden-Württemberg
LRA	Landratsamt
LVG BW	Landesverwaltungsgesetz Baden-Württemberg
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz Baden-Württemberg
LVwVG	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Baden-Württemberg
LVwVGKO	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzkostenordnung Baden-Württemberg
LVwZG	Landesverwaltungszustellungsgesetz Baden-Württemberg
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (Zeitschrift)

NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NWVB1	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PolG BW	Polizeigesetz Baden-Württemberg
PolVOgH	Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum über das Halten gefährlicher Hunde
Rn.	Randnummer
RP	Regierungspräsidium
S.	Satz
SGB	Sozialgesetzbuch
StrG BW	Strafengesetz Baden-Württemberg
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UIG	Umweltinformationsgesetz
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
VB1BW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VerkG	Verkündungsgesetz
VerwR	Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (Bund)
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz (Bund)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz (Bund)
VO 1071/2009	Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates
VO 1072/2009	Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (Neufassung)
WG BW	Wassergesetz Baden-Württemberg
WHG	Wasserhaushaltsgesetz (Bund)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

Im Übrigen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 8. Aufl. 2015, verwiesen.

Teil 1:

Arbeitsmethode und Ausgangsfälle

1. Kapitel: Arbeitsmethode

Im Studienfach „Verwaltungsrecht“ an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung lernen Sie, verwaltungsrechtliche Fragestellungen allein mit Hilfe des Gesetzes und ggf. von Verwaltungsvorschriften (so regelmäßig die Klausursituation) bzw. unter Auswertung von Literatur und Rechtsprechung (so in Haus-, Seminar-, Bachelor- bzw. Diplomarbeiten und vor allem in der späteren Berufspraxis) **gutachtlich** beantworten sowie rechtmäßige (und zweckmäßige) **Verwaltungsentscheidungen entwerfen** zu können. 1

Je nachdem, in welchem Verwaltungsbereich Sie später eingesetzt sind, benötigen Sie ein unterschiedliches „**Wissen im Verwaltungsrecht**“. Was Sie als Berufsanfänger(in) im „gehobenen Verwaltungsdienst“¹ an Grundwissen über das **allgemeine Verwaltungsrecht**² mitbringen müssen, lernen Sie in diesem Lehrbuch, das außerdem aus der Perspektive der Verwaltungsbehörde in das **Verwaltungsprozessrecht einführt**. Für Ihr Studium und die spätere berufliche Tätigkeit benötigen Sie außerdem bestimmte „**Basiskompetenzen**“, nämlich um Recht anwenden, praktische Rechtsfragen gutachtlich prüfen, Literatur und Rechtsprechung auswerten und praktische Entscheidungen entwerfen zu können. Auch dies lernen Sie in diesem Lehrbuch. Auf das wissenschaftliche Arbeiten im Verwaltungsrecht bereitet das Lehrbuch nur eingeschränkt vor. Tipps zum Anfertigen verwaltungsrechtswissenschaftlicher Bachelor- oder Diplomarbeiten finden Sie z. B. in dem Übungsbuch „*Gassner*, Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht“. Dort finden Sie auch zahlreiche Übungsklausuren zum allgemeinen Verwaltungsrecht und sonstige Übungen.

Das „Grundwissen“ und die „Basiskompetenzen“ erarbeiten wir uns in diesem Lehrbuch zum einen **schrittweise** und zum anderen **praktisch anschaulich** anhand der hier gleich folgenden fiktiven Ausgangsfälle.

Buchaufbau: Nachdem wir uns in **Teil 1** mit der Arbeitsmethode und den Ausgangsfällen vertraut gemacht haben, erarbeiten wir uns in **Teil 2** die er- 2

1 Bzw. für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2.

2 Das **Staatshaftungsrecht** (Pflichtstoff an den Universitäten im Fach Verwaltungsrecht) gehört an den meisten Hochschulen für öffentliche Verwaltung nicht zum Pflichtlernstoff und wird hier daher auch nicht erörtert.